

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>
https://twitter.com/AI_El_Salvador
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



27. Februar 2020

EL SALVADOR JAHRESBERICHT 2019

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International über die Menschenrechte in den 24 Ländern des Kontinentes Amerika, S.48 – 50

Präsident: Nayib Armando Bukele Ortéz
(folgte im Juni 2019 auf Salvador Sánchez Cerén)

Die Rechte der Opfer von Verbrechen nach dem Völkerrecht und von Menschenrechtsverletzungen und -missbräuchen während des internen bewaffneten Konflikts waren bedroht. Das Ausmaß der Gewalt provozierte weiterhin interne Vertreibung und erzwungene Migration. Das absolute Abtreibungsverbot blieb bestehen. Über Einschränkungen der Pressefreiheit und begrenzten Zugang zu offiziellen Informationen wurde das ganze Jahr über berichtet. Das erzwungene Verschwindenlassen war noch immer eine Herausforderung. Das Parlament beendete das Jahr, ohne die Internationale Konvention zum Schutz aller Personen vor erzwungenem Verschwindenlassen zu ratifizieren.

HINTERGRUND

Im Februar fanden Präsidentschaftswahlen statt, und Nayib Bukele, der neue Präsident, trat sein Amt im Juni an¹.

Im Dezember besuchte die Interamerikanische Menschenrechtskommission (IACHR) das Land, 32 Jahre nach ihrem letzten Vor-Ort-Besuch. Ihre vorläufigen Beobachtungen konzentrierten sich vor allem auf die Themen öffentliche Sicherheit, Übergangsgerechtigkeit, Menschen, die ihrer Freiheit beraubt wurden, Migration und Zwangsvertreibung, Frauenrechte und LGBTI².

¹ El Salvador: Memorandum an den Präsidenten, 24. Juni 2019, https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/el-salvador-memorandum-19-06.pdf

² El Salvador: Nach dem Besuch der Interamerikanischen Menschenrechtskommission muss die Regierung wichtige Veränderungen vornehmen, um die Menschenrechte zu gewährleisten, Pressemitteilung, 5. Dezember 2019, https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/El-Salvador-19-12-05-CIDH.pdf

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



STRAFLOSIGKEIT

Das Recht auf Gerechtigkeit, Wahrheit und Wiedergutmachung für die Opfer von Völkerrechtsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen und Übergriffe, die während des bewaffneten Konflikts in El Salvador von 1980 bis 1992 begangen worden sind, wurde - von einigen wenigen Ausnahmefällen abgesehen - nicht anerkannt.

Im Mai diskutierte das Parlament den Entwurf eines Sondergesetzes für Übergang und Wiederherstellung des Rechts zur nationalen Versöhnung (Ley Especial de Justicia Transicional y Restaurativa para la Reconciliación Nacional). Der Text des Gesetzentwurfs wurde von Menschenrechtsgruppen als Bedrohung für das Recht der Opfer auf Zugang zur Justiz und als Mechanismus zur Aufrechterhaltung der Straflosigkeit beschrieben³. Außerdem forderte der Präsident des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofs El Salvador auf, die weitere Verhandlung des Gesetzentwurfs im Parlament auszusetzen, und der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte warnte, dass der Gesetzentwurf eine Reihe von Bestimmungen enthalte, die zu einer De-facto-Amnestie führen könnten. Ebenfalls im Mai schloss der UNO-Sonderberichterstatter für die Förderung von Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Garantien für die Nicht-Wiederholung seinen offiziellen Besuch im Land ab und äußerte sich besorgt über das langsame Vorgehen der Staatsanwaltschaft bei der Untersuchung von Völkerrechtsverbrechen, Menschenrechtsverletzungen und Übergriffen während des bewaffneten Konflikts, über die Verhinderung des Zugangs zu Militärakten aus den Jahren des Konflikts und über die Unzulänglichkeit der Verfahren für Wiedergutmachung und historische Erinnerung.

Im September teilten Menschenrechtsorganisationen und Opfergruppen der IACHR mit, dass die 2013 geschaffenen staatlichen Programme für die Wiedergutmachung für die Opfer infolge einer von der neuen Regierung durchgeführten institutionellen Reorganisation aufgelöst worden seien.

Im Dezember bekräftigte die IACHR erneut die Notwendigkeit, dass das neue nationale Versöhnungsgesetz, das voraussichtlich im Februar 2020 verabschiedet werden wird, den internationalen Verpflichtungen El Salvadors in Bezug auf die Übergangsjustiz in vollem Umfang gerecht wird und auch die Stimmen der Opfer berücksichtigt.

POLIZEI UND SICHERHEITSKRÄFTE

Im Juni äußerte sich das Menschenrechtsinstitut der Zentralamerikanischen Universität "José Simeón Cañas" besorgt über die Eignung einiger der neu ernannten Personen für leitende Positionen in der nationalen Zivilpolizei. Darüber hinaus berichteten sie, dass sie in den vergangenen zwei Jahren Informationen über sechs Fälle von Menschenrechtsverletzungen erhalten hätten, darunter Fälle von möglichen außergerichtlichen Hinrichtungen und Folterungen, die angeblich von Mitgliedern der Polizei begangen wurden. Ebenfalls im Juni lancierte die Regierung den Plan für territoriale Kontrolle zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Die Regierung und die Medien berichteten von einem deutlichen Rückgang der Mordraten. Der Einsatz von Streitkräften bei Operationen der öffentlichen Sicherheit, die Zustände in den Gefängnissen und das Fehlen substanzieller Informationen über den Sicherheitsplan der Regierung gehörten jedoch zu den Bedenken, über die lokale Nicht-Regierungsorganisationen berichteten.

Im Dezember stellte die IACHR fest, dass trotz eines früheren Urteils der Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs, in dem festgestellt wurde, dass sich das Militär nicht an Aufgaben der öffentlichen Sicherheit in El Salvador beteiligen sollte, der aktuelle Plan für territoriale Kontrolle weiterhin militärische Kräfte in Operationen der öffentlichen Sicherheit einbezieht.

³ El Salvador: Memorandum an den Präsidenten, 24. Juni 2019, https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/el-salvador-memorandum-19-06.pdf



Folglich empfahl sie El Salvador, seine Polizeikräfte zu verstärken, um die Streitkräfte im Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards schrittweise von Aufgaben der öffentlichen Sicherheit zu entlasten. Die IACHR empfahl El Salvador auch, den Inhalt des Plans für die territoriale Kontrolle zu veröffentlichen, Informationen über die Politik der öffentlichen Sicherheit zu verbreiten und Räume für die Beteiligung der Zivilgesellschaft vorzusehen.

FRAUENRECHTE

Abtreibung war weiterhin unter allen Umständen verboten und führte dazu, dass Frauen deshalb verurteilt wurden. Frauen aus benachteiligten Verhältnissen waren unverhältnismäßig stark betroffen. Im August wurde Evelyn Beatriz Hernández Cruz, die wegen schweren Mordes nach Schwangerschaftskomplikationen zu 30 Jahren Haft verurteilt worden war, nach einem Wiederaufnahmeverfahren für unschuldig erklärt. Im September jedoch kündigte die salvadorianische Staatsanwaltschaft an, dagegen Berufung einzulegen⁴.

Im Oktober legte die IACHR dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte den Fall von Manuela vor, einer Frau, die nach einer Fehlgeburt wegen Mordes verurteilt worden war und die im Gefängnis während der Verbüßung ihrer Strafe an Krebs starb.

MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER:INNEN UND JURNALIST:INNEN

Während des ganzen Jahres prangerten lokale Nicht-Regierungsorganisationen das Fehlen eines offiziellen Berichtes über Menschenrechtsverletzungen gegenüber Menschenrechtsverteidiger:innen und das Versäumnis des Parlamentes an, zwei Gesetzentwürfe zu verabschieden - das Gesetz zur Anerkennung und zum umfassenden Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen und zur Gewährleistung des Rechts auf Verteidigung der Menschenrechte (Ley para el Reconocimiento y Protección Integral de las Personas Defensoras de los Derechos Humanos y para la Garantía del Derecho a Defender Derechos Humanos) und das Sondergesetz zum umfassenden Schutz von Journalist:innen und Mitarbeiter:innen von Medien (Ley Especial para la Protección Integral de Personas Periodistas, Comunicadoras y Trabajadoras Relacionadas a la Información). Beide waren dem Parlament 2018 vorgelegt worden. Über Einschränkungen der Pressefreiheit und Beschränkungen des Zugangs zu offiziellen Informationen berichtete das Forum für den Schutz von Journalisten im August.

Im Dezember empfahl die IACHR den staatlichen Behörden, die Stigmatisierung und Diskreditierung von Journalist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen zu vermeiden und dafür zu sorgen, dass die Erklärungen der staatlichen Behörden in Bezug auf diese Gruppen respektiert werden.

MIGRANT:INNEN, FLÜCHTLINGE UND VERTRIEBENE IM INLAND

Viele derjenigen, die ihre lokalen Gemeinschaften oder das Land verließen, flohen vor den Auswirkungen, die die Kontrolle des Territoriums durch kriminelle Banden und die Konsequenzen auf ihr Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit und Bewegungsfreiheit in vielen Teilen des Landes hat. In diesem Zusammenhang unterzeichneten die Regierungen El Salvadors und der USA im September ein Kooperationsabkommen im Asylbereich, das auch als Abkommen über einen "sicheren Drittstaat" bekannt ist. Dies löste begründete Besorgnis darüber aus, wie ein Land mit so hoher Kriminalitäts- und Gewalttrate den Schutz von Menschen gewährleisten könnte, die gezwungen sind, in El Salvador Asyl oder internationalen Schutz zu suchen.

⁴ El Salvador: Die Staatsanwaltschaft muss aufhören, Evelyn Hernández zu kriminalisieren! 6. September 2019 https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/EI%20Salvador-19-09-06-Evelyn.pdf



Während ihres Vor-Ort-Besuches empfahl die IACHR, dass die Behörden Maßnahmen, politische Haltungen oder Abkommen ablehnen, die El Salvador zu einem sicheren Drittstaat erklären, und dass sie umfassende Programme und spezifische Maßnahmen ergreifen, um die Rechte von Menschen zu garantieren, die im Inland vertrieben worden sind.

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe
Verbindlich ist das englische Original:

Human Rights in the Americas. Review of 2019

<https://www.amnesty.org/en/documents/amr01/1353/2020/en/>

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

